Niederschrift über die öffentliche Sitzung

Nr. 7/2014

des Gemeinderates von Wartmannsroth am Donnerstag, den 08.05.2014
im Sitzungssaal in Wartmannsroth

Anwesend sind:

vom Gremium:

Erster Bürgermeister Jürgen Karle	Vorsitzender
Zweiter Bürgermeister Roland Bröner	
Christian Kohlhepp	
Joachim Lutz	
Astrid Mützel	
Stefan Schottdorf	
Herbert Aul	
Frank Diemer	
Sebastian Fella	
Lothar Haas	
Markus Kurz	
Hubert Roth	
Marcus Scholz	
Gabriel Vogt	
Michael Zeller	

von der Verwaltung:

anwesend:

Daniel Görke	(Schriftführer)
--------------	-----------------

Zu Beginn der Sitzung stellt der erste Bürgermeister fest, dass alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Die Beschlussfähigkeit ist damit gegeben. Gegen das vorab veröffentlichte Sitzungsprotokoll der letzten Sitzung werden keine Einwände erhoben, es gilt somit als genehmigt.

Bürgermeister Karle begrüßt zunächst alle Ratsmitglieder, insbesondere die neu gewählten. Er blickt kurz auf die gute Zusammenarbeit des Gremiums in der letzten Amtszeit zurück und hofft, dass dies auch in der neuen Zusammensetzung der Fall sein wird. Die bisherigen Leitlinien seiner Gemeindepolitik seien Familienfreundlichkeit, eine solide Haushaltsführung und die Schaffung eines angenehmen Lebensraumes für alle Gemeindebürger auch in Zeiten des demografischen Wandels. Er zeigt sich zuversichtlich, dass auch die neuen Ratsmitglieder diese Politik mittragen werden. Sodann leitet er über zur Tagesordnung:

1. Vereidigung der neu gewählten Gemeinderatsmitglieder

Die neu gewählten Gemeinderatsmitglieder Gabriel Vogt, Markus Kurz, Michael Zeller, Lothar Haas, Marcus Scholz, Sebastian Fella, Hubert Roth, Herbert Aul und Frank Diemer werden vom amtierenden Bürgermeister Jürgen Karle gemäß Art. 31 Abs. 4 GO in feierlicher Form vereidigt.

Gemeinsam schwören sie Treue dem Grundgesetz für die Bunderepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern sowie Gehorsam gegenüber den Gesetzen, ihre Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen, die Rechte der Selbstverwaltung zu wahren und ihren Pflichten nachzukommen.

Nach der Vereidigung wünscht der Bürgermeister allen neuen Gemeinderatsmitgliedern eine erfolgreiche Amtsführung.

2. Beschlussfassung über die Zahl der weiteren Bürgermeister

Gemäß Art. 35 Abs. 1 Satz 1 GO ist aus der Mitte des Gemeinderates mindestens ein weiterer Bürgermeister in geheimer Abstimmung zu wählen. Dem Gemeinderat ist es freigestellt noch einen weiteren Vertreter (dritter Bürgermeister) zu wählen.

Erster Bürgermeister Karle plädiert dafür künftig nur noch einen weiteren Bürgermeister zu wählen. Seiner Meinung nach sei ein dritter Bürgermeister schon seit der Einführung eines hauptamtlichen Bürgermeisters entbehrlich, da ein hauptamtlicher Bürgermeister nahezu immer präsent ist und nur im Urlaubs- oder Krankheitsfall wirklich vertreten werden müsse, von einzelnen Termin bei Terminüberschneidungen abgesehen. Außerdem sei für den Fall der Fälle auch eine weitere Vertretung vorgesehen, nämlich aus dem Kreis der Gemeinderatsmitglieder. Hier wolle er künftig bedarfsabhängig auf einzelne Ratsmitglieder zurückgreifen, die ihn bei bestimmten Anlässen vertreten.

Im Gemeinderat wird festgestellt, dass es dem Gremium unbenommen sei einen weiteren Bürgermeister zu wählen, wenn sich zeigen sollte, dass ein Vertreter nicht ausreichend ist. Aus dieser Sicht könne man dem Vorschlag des ersten Bürgermeisters folgen, zumal man dadurch auch die monatliche Entschädigung des dritten Bürgermeisters einspare.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt für den ersten Bürgermeister einen weiteren Vertreter bzw. eine weitere Vertreterin zu wählen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

3. Festsetzung der Höhe der monatlichen Entschädigung des zweiten Bürgermeisters/ der zweiten Bürgermeisterin

Gemäß Art. 53 Abs. 4 KWBG erhält ein ehrenamtlicher weiterer Bürgermeister oder eine ehrenamtliche weitere Bürgermeisterin neben der als Gemeinderatsmitglied gewährten Entschädigung eine weitere Entschädigung nach dem Maß der besonderen Inanspruchnahme als kommunaler Wahlbeamter und kommunale Wahlbeamtin. Die Entschädigungen dürfen zusammen nicht mehr betragen als die Entschädigung oder die Summe von Grundgehalt (5.286,47 Euro), Familienzuschlag der Stufe 1 (126,62 Euro) und Dienstaufwandsentschädigung des oder der Vertretenen.

Die Vertretung des ersten Bürgermeisters beinhaltet eine zeitweise Urlaubsvertretung und die Vertretung bei gleichzeitig stattfindenden, wichtigen Terminen.

Für die Bemessung der Entschädigung wird vorgeschlagen sich auf die Entschädigungssätze für ehrenamtliche erste Bürgermeister nach Anlage 3 KWBG zu beziehen. Der Rahmensatz liegt bei Gemeinden mit 1.001 bis 3.000 Einwohnern bei 2.681,58 Euro bis 4.022,38 Euro bzw. dem zwölften Teil, also zwischen 223,47 Euro und 335,20 Euro.

Die Entschädigung unterliegt den prozentualen tariflichen Anpassungen. Sie war zum 01.05.2008 auf 210,- Euro festgesetzt worden und betrug zuletzt 291,80 Euro. Zu Beginn einer Amtsperiode ist die Entschädigung neu festzusetzen.

Bürgermeister Karle unterrichtet den Gemeinderat darüber, dass er diesen Punkt bewusst vor die Wahl des zweiten Bürgermeisters gesetzt habe, damit der Gemeinderat seine Entscheidung frei von

der jeweiligen Person, die dann hinter dem Amt steht treffen kann. Vom Bayerischen Gemeindegang, so der Bürgermeister weiter, gäbe es die Empfehlung, dass der Amtsnachfolger nicht weniger bekommen solle, wie sein Vorgänger, wenn sich die Gegebenheiten ansonsten nicht verändert hätten. Dieser Empfehlung würde er gern folgen, zumal sein Vertreter künftig einziger Vertreter sei und auch zum Eheschließungsbeamten bestellt werde, was bisher nicht der Fall war.

Der Gemeinderat schließt sich dieser Auffassung an. Zunächst wird vorgeschlagen die bisherige Entschädigung so fortzuführen. Andere Ratsmitglieder schlagen vor den Betrag auf 300,- Euro aufzurunden. Über den weitestgehende Vorschlag wird zuerst abgestimmt.

Beschluss: Für die Inanspruchnahme als kommunaler Wahlbeamter der Gemeinde Wartmannsroth wird für den/ die zweite(n) Bürgermeister/in vom Gemeinderat eine monatliche Entschädigung in Höhe von 300,- Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen einstimmig beschlossen

Damit ist erübrigt sich eine Abstimmung über den weiteren Vorschlag.

4. Festsetzung der Höhe der monatlichen Entschädigung des dritten Bürgermeisters/ der dritten Bürgermeisterin

Da der Gemeinderat unter TOP 2 beschlossen hat künftig nur noch einen weiteren Bürgermeister zu wählen, entfällt dieser Tagesordnungspunkt.

5. Wahl des zweiten Bürgermeisters/ der zweiten Bürgermeisterin

Die Wahl des zweiten Bürgermeisters/ der zweiten Bürgermeisterin hat in geheimer Abstimmung zu erfolgen. Gewählt werden kann jedes Gemeinderatsmitglied welches die Voraussetzungen für die Wahl zum ersten Bürgermeister erfüllt. Wahlvorschläge und eigene Bewerbungen um das Amt sind möglich, jedoch nicht verbindlich. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigen kann.

Ratsmitglied Astrid Mützel gibt bekannt, dass sie sich um das Amt als zweite Bürgermeisterin bewerben möchte.

Aus dem Gremium wird Roland Brönner als Kandidat für die Wahl zum zweiten Bürgermeister vorgeschlagen.

Da es ansonsten keine weiteren Vorschläge oder Bewerbungen gibt, gibt Bürgermeister Karle beiden Kandidaten die Gelegenheit sich zu Ihrer Kandidatur zu äußern.

Beide Kandidaten stellen sich und ihre Beweggründe für das Amt des/ der zweiten Bürgermeisters/ Bürgermeisterin kurz vor, sodass sich der Gemeindegang ein Bild von ihnen und der geplanten Amtsführung machen kann. Anschließend wird in geheimer Wahl abgestimmt.

Die Auszählung der Stimmen übernehme der Bürgermeister und Geschäftsleiter Daniel Görke. Das Wahlergebnis wird wie folgt festgestellt:

Abgegebene Stimmen:	15			
Gültige Stimmen:	14	davon entfielen auf:	Roland Brönner	11 Stimmen
			Astrid Mützel	3 Stimmen

Damit hat Ratsmitglied Roland Brönner die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten und ist somit zum zweiten Bürgermeister der Gemeinde Wartmannsroth gewählt. Der Gewählte erklärt, dass er die Wahl annimmt und bedankt sich beim Gemeinderat für das Vertrauen.

6. Wahl des dritten Bürgermeisters/ der dritten Bürgermeisterin

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt aufgrund des Beschlusses unter TOP 2.

7. Vereidigung des/ der weiteren Bürgermeister(s)/ Bürgermeisterin

Der neu gewählte zweite Bürgermeister Roland Brönner wird vom ersten Bürgermeister vereidigt.

Die Vereidigung erfolgt gemäß Art. 27 KWBG. Dabei schwört der zweite Bürgermeister Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und eine gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten.

Nach seiner Vereidigung nimmt der neue zweite Bürgermeister die Glückwünsche der übrigen Ratsmitglieder entgegen.

8. Beschlussfassung über die Fortgeltung der bisherigen Geschäftsordnung für den Gemeinderat

Der erste Bürgermeister informiert den Gemeinderat darüber, dass einige Beschlüsse der heutigen konstituierenden Sitzung unmittelbare Auswirkung auf die künftige Geschäftsordnung des Gemeinderates haben werden. Da diese in den Entwurf der neuen Geschäftsordnung erst eingearbeitet werden müssen, soll bis zum Inkrafttreten die bisherige Geschäftsordnung weitergelten.

Eine Ausfertigung davon werde den neuen Ratsmitgliedern in dieser Sitzung ausgehändigt.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt die Fortgeltung der bisherigen Geschäftsordnung für den Gemeinderat.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

Bevor der nächste Tagesordnungspunkt aufgerufen wird übergibt Bürgermeister Karle die Sitzungsführung an den zweiten Bürgermeister Roland Brönner. Obwohl die Verhandlung über seine Dienstaufwandsentschädigung öffentlich ist, verlässt der erste Bürgermeister den Sitzungssaal, um dem Gremium eine freiere Diskussion zu ermöglichen.

9. Festsetzung der Höhe der monatlichen Dienstaufwandsentschädigung des ersten Bürgermeisters

Während die übrigen Besoldungsbestandteile gesetzlich vorgeschrieben sind gibt es bei der Dienstaufwandsentschädigung in kreisangehörigen Gemeinden einen Rahmen von 209,17 Euro und 687,56 Euro in dem der Gemeinderat die Entschädigung festlegen kann. Die Dienstaufwandsentschädigung wird für amtsbedingte Mehraufwendungen bezahlt, wie z.B. dienstliche Nutzung des Privatautos oder die dienstliche Nutzung des Privathandys. Aber auch die Tatsache ob eine Gemeinde aus nur einem Ortsteil besteht oder aus mehreren, ob der Bürgermeister zusätzliche Aufgaben bei Kommunalunternehmen hat oder ob eigene Klärwerke, Wasserwerke usw. betrieben werden.

Vom Gemeinderat war die Dienstaufwandsentschädigung mit Beschluss vom 15.05.2008 auf 350,- Euro festgelegt worden. Im Zuge tarifrechtlicher Anpassungen stieg die Entschädigung auf aktuell 444,32 Euro. Vom Bayerischen Gemeindetag wird empfohlen bei der Neufestlegung der Dienstaufwandsentschädigung vom Status quo nicht mehr zurückzugehen.

In der Vergangenheit gab es bei der Besoldung des ersten Bürgermeisters immer die Wahlmöglichkeit zwischen Besoldungsgruppe A13 und A14. Da der Bürgermeister bisher immer in der niedrigeren Besoldungsgruppe eingruppiert wurde, wurde die Dienstaufwandsentschädigung immer etwas großzügiger bemessen.

Mit Inkrafttreten des neuen KWBG (Gesetz über kommunale Wahlbeamte) am 01.08.2012 wurde dem Bürgermeister vom Gesetzgeber die Besoldung nach A14 in der Endstufe zugesprochen. Damit steigerte sich die Grundbesoldung des ersten Bürgermeisters von 4.348,73 Euro auf aktuell 5.164,46 Euro. Hinzu kommt noch der Familienzuschlag.

Zweiter Bürgermeister Roland Brönner verweist auf die Maßgabe, bei der Bemessung der Dienstaufwandsentschädigung so zu verfahren, als ob es einen Amtsnachfolger gäbe, dem nicht weniger gezahlt werden solle als seinem Vorgänger. Dies sei auch im Fall der Wiederwahl anzuwenden, sodass die Dienstaufwandsentschädigung mindestens so viel betragen sollte wie zuletzt.

Nach Meinung einiger Ratsmitglieder ist die Gehaltssteigerung des Bürgermeisters sehr ordentlich, sodass eine maßvolle Bemessung der Dienstaufwandsentschädigung nicht unangebracht sei, zumal ja der Familienzuschlag auch noch hinzu käme

Vom Geschäftsleiter wird darauf hingewiesen, dass Besoldung und Familienzuschlag unabhängig von der Dienstaufwandsentschädigung zu betrachten seien. Es seien ausschließlich die tatsächlichen amtsbedingten Mehraufwendungen zu betrachten und diese seien in einer Gemeinde mit neun Ortsteilen, eigener Wasserversorgung, fünf Kläranlagen, Grundschule und eigener Verwaltung sicherlich deutlich höher als bei einer Gemeinde in gleicher Größe aber nur einem Ortsteil, die noch dazu einer Verwaltungsgemeinschaft zugeordnet und (Ab-)Wasser-Zweckverbänden angegliedert ist. Im Gegenteil, unter den kleinen Gemeinden gäbe es kaum noch vorstellbare Konstellationen, die die Amtsführung noch aufwändiger machen würden.

Der Gemeinderat ist sich dessen durchaus bewusst hält aber die derzeitige Dienstaufwandsentschädigung für angemessen. Der zweite Bürgermeister schlägt daher vor den Betrag ebenfalls aufzurunden. Damit läge man in etwa in der Mitte des vorgegebenen Rahmens, was auch ihm als angemessen erscheine.

Beschluss: Der Gemeinderat von Wartmannsroth setzt die monatliche Dienstaufwandsentschädigung für den ersten Bürgermeister Jürgen Karle ab dem 01.05.2014 auf 450,- Euro/ Monat fest.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen **einstimmig beschlossen**

Bürgermeister Karle war wegen persönlicher Beteiligung von Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

10. Verschiedenes

- Bürgermeister Karle informiert den Gemeinderat darüber, dass er künftig keine Ortsbeauftragten mehr benennen lassen möchte. Seiner Meinung nach sollten alle Ratsmitglieder gleichermaßen Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sein. Eine herausgehobene Stellung einzelner Ratsmitglieder halte er deshalb nicht für erforderlich. Außerdem weist er darauf hin, dass er als hauptamtlicher Bürgermeister jederzeit persönlich für Anliegen der Gemeindebürger als Ansprechpartner zur Verfügung stünde. Es sei nicht zwingend notwendig

sich an das örtliche Gemeinderatsmitglied zu wenden, zumal es das Amt des Ortsbeauftragten offiziell gar nicht gäbe.

Außerdem mache es mehr Sinn sich bei bestimmten Anliegen und Anlässen gezielt an ein Gemeinderatsmitglied wenden zu können und nicht unbedingt an einen Ortsbeauftragten gebunden zu sein.

Seiner Meinung nach sei die bisherige Regelung jemanden zum Ortsbeauftragten zu benennen und dafür pauschal monatlich mit 100,- Euro zu entschädigen ungerecht. Da hier das unterschiedliche Engagement und die unterschiedlichen Einwohnerzahlen der Ortsteile nicht berücksichtigt worden sei. Für die Zukunft schwebt ihm daher eine generelle Anhebung der Sitzungsgelder und eine anlassbezogene Aufwandentschädigung vor, um dem tatsächlichen Aufwand besser gerecht zu werden.

Im Gemeinderat trifft dieser Vorschlag allgemein auf Zustimmung. Einzig Ratsmitglied Stefan Schottdorf sieht sich hier etwas benachteiligt, da er nach seiner Ansicht als alleiniger Vertreter seines Ortsteils auch einen höheren Aufwand habe wie beispielsweise die Schwärzelbacher Ratsmitglieder, die ihren Ortsteil zu viert vertreten und sich die Arbeit demzufolge besser aufteilen können.

Das Thema soll im Zuge der Beratung der neuen Geschäftsordnung nochmals aufgegriffen werden.

- Anschließend gibt der Bürgermeister die Terminplanung für Gemeinderatsmitglieder bekannt.

Vorsitzender

Schrifführer

Ende der öffentlichen Sitzung. Tagesordnungspunkt 11 wird nicht öffentlich behandelt.